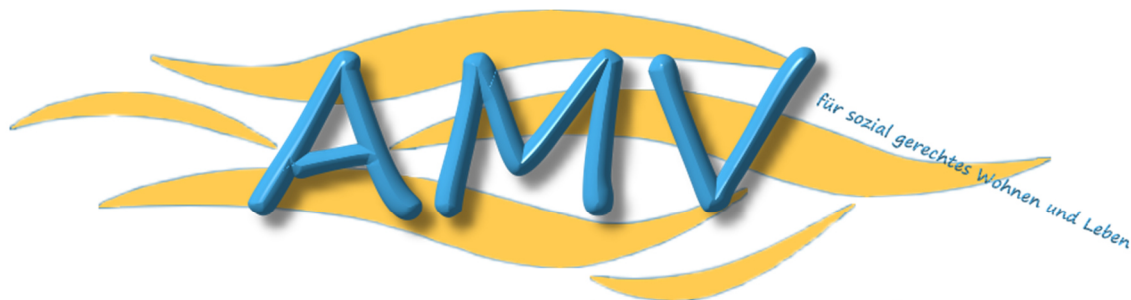




Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Alternativer Mieter- und Verbraucher-
schutzbund e.V.

Beratungsbüro:
Bürgerbüro Falkenhagener Feld
Westerwaldstraße 9
13589 Berlin

Pressemitteilung 11/2016

Postanschrift:
AMV - Alternativer Mieter- und Ver-
braucherschutzbund e.V.
Pillnitzer Weg 35
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: information.amv@gmail.com

www.mieter-verbraucherschutz.berlin

Nachlese zum 12. Mieter- und Verbraucherstammtisch des AMV am 09.03.2016

Am 09.03.2016 fand im Restaurant 1860 TSV Spandau - Tanzsportzentrum - der 12. Mieter- und Verbraucherstammtisch des AMV statt. Thema des Abends war "Wohnen in Berlin - Das wohnungs- und mietenpolitische Programm DIE LINKE zur 18. Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18.09.2016". Die Veranstaltung war mit nur 11 Verbraucherinnen und Verbrauchern weit unterdurchschnittlich besucht. Leider nutzten die am 08.10.2015 von der Linken Spandau aufgestellten Direktkandidatinnen und -kandidaten Jörg Kuhle (Wahlkreis I), Erkan Alkac (Wahlkreis II), Franziska Kupfer (Wahlkreis III), Lars Leschewitz (Wahlkreis IV) sowie Karlheinz Zesch (Wahlkreis V) ebenso wenig die Möglichkeit der persönlichen Vorstellung wie die zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung Gelisteten (1. Lars Leschewitz, 2. Anne Düren, 3. Cotyar Haji, 4. Franziska Kupfer, 5. Jörg Kuhle, 6. Erika Hein, 7. André Maßmann, 8. Karl-Heinz Rösler, 9. Piotr Luczak und 10. Cornelia Hoffmann). So wurde leider eine Chance zum Dialog mit dem Bürger vertan.

Nach der Begrüßung durch den 2. Vorsitzenden des AMV, Herrn Ass. Marcel Eupen, referierte Herr Dr. Guido Brendgens, Referent der Fraktion DIE LINKE für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Wohnen, in Vertretung für die kurzfristig verhinderte stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Frau MdA Katrin Lompscher, zu dem Thema "Wohnen in Berlin - Das wohnungs- und mietenpolitische Programm DIE LINKE zur 18. Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18.09.2016".

Vorstand: 1. Vorsitzender RA Uwe Piper, 2. Vorsitzender Ass. jur. Marcel Eupen

Vereinsregister: Amtsgericht Charlottenburg - VR 33611 B

Gerichtsstand: Amtsgericht Spandau, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 27/660/64338

Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN: DE05100100100850579106, BIC: PBNKDEFF

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Berlin hat am 23.01.2016 im Rahmen seiner Klausurtagung einen Vorschlag für ein Wahlprogramm zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhauses beraten und beschlossen. Die Beschlussfassung über das Wahlprogramm erfolgt durch die Delegierten des Landesparteitags in der Zeit vom 11.03. bis 13.03.2016.

DIE LINKE sieht die Lösung der Wohnungsfrage in Berlin als größte Herausforderung der kommenden Jahre. Sie will den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum in Berlin schaffen. Hierfür sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gestärkt werden, indem sie 100 Mio. Euro jährlich an Eigenkapital zugeführt bekommen sollen. Diese sollen zum einen ihren Bestand an Wohnungen von 300.000 auf 400.000 erhöhen. Zum anderen sollen sie zusammen mit Genossenschaften über die soziale Wohnraumförderung jährlich 10.000 neue Sozialwohnungen dauerhaft zur Verfügung stellen. Die LINKE fordert als Grundlage für alle Planungen und Maßnahmen zur sozialen Wohnraumversorgung einen Wohnraumversorgungsbericht einschließlich einer Wohnungslosenstatistik und darauf aufbauend ein Wohnraumversorgungskonzept mit konkreten Maßnahmen. Die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft für Transferleistungsbeziehende sollen für alle Wohnlagen im Mietspiegel gelten. Mieten und Betriebskosten, die der ortsüblichen Vergleichsmiete und der Berliner Betriebskostenübersicht entsprechen, sollen komplett übernommen werden, ebenso alle Miethöhen im sozialen Wohnungsbau. Es soll ein ausreichendes Wohnungskontingent geschaffen werden, um Notfälle abwenden zu können. Durch kommunale Wohnungstauschbörsen und -vermittlung soll ein flächensparsames und gemeinsames Wohnen gefördert werden.

Die wesentlichen konkreten wohnungspolitischen Forderungen der Partei DIE LINKE auf Landesebene lauten wie folgt:

- Eigenkapitalerhöhung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Höhe von 100 Mio. € jährlich;
- Erhöhung des Bestands an kommunalen Wohnungen in den kommenden fünf Jahren durch Ankauf und Neubau auf 400.000 (langfristig auf 500.000 = 25 % aller Berliner Wohnungen);
- Erhöhung des Bestands an sozial gebundenen Wohnungen um 10.000 pro Jahr;
- Schaffung eines Pools von Wohnungen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu fixierten Höchstmieten (5,50 €/m²) für Transferleistungsbeziehende und WBS-Berechtigte;
- keine Neuvermietungszuschläge durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ohne merkliche Wohnwertverbesserung;
- Beibehaltung der alten Mietkonditionen bei Wohnungstausch innerhalb einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft in eine kleinere Wohnung;
- Einführung einer sozialen Richtsatzmiete bei den Wohnungen des "alten" sozialen Wohnungsbaus statt der Kostenmiete
- personelle Aufstockung der Bezirksämter, damit diese gegen Verdrängung, Mietpreisüberhöhung, Verwahrlosung und Zweckentfremdung gezielt vorgehen können;
- Einrichtung von Wohnungsämtern in allen Bezirken, damit die wohnungspolitischen Kompetenzen wahrgenommen werden können;
- Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts u. a. in Milieuschutzgebieten;

Die wesentlichen konkreten mietrechtlichen Forderungen der Partei DIE LINKE auf Bundesebene lauten wie folgt:

- Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung - auch bei Wiedervermietung - nur noch

- im Rahmen eines Inflationsausgleichs;
- Abschaffung der Modernisierungumlage und Integrierung von Modernisierungen in den Mietspiegel;
 - Berücksichtigung aller Mieten - auch von unveränderten Bestandsmieten - bei der Erstellung zukünftiger Mietspiegel;
 - Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten der Vermieter bei Eigenbedarf und Verlängerung der Kündigungsfristen;
 - Verbesserung des Mieterschutzes bei Kündigungen aufgrund von Mietrückständen;
 - Einführung einer "neuen" Gemeinnützigkeit.

Der AMV dankt ausdrücklich dem Referenten Dr. Guido Brendgens, der Frau MdA Katrin Lompscher mehr als würdig vertrat und sich durch exzellente Fachkenntnisse und einen ausgezeichneten rhetorischen Redestil auszeichnete, für seine konkreten praxisbezogenen Ausführungen. Ihm gelang es, die anwesenden Verbraucherinnen und Verbraucher spielerisch in seinen Bann zu ziehen.

In der Veranstaltungsreihe "Wohnen in Berlin - Das wohnungs- und mietenpolitische Programm der Berliner Parteien zur 18. Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18.09.2016" geht es am 20.04.2016 auf dem 13. Mieter- und Verbraucherstammtisch des AMV mit der SPD und Raed Saleh, MdA, weiter. Dann heißt es: "Wohnen in Berlin – Das wohnungs- und mietenpolitische Programm der SPD zur 18. Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18.09.2016" (Referent Raed Saleh (SPD), MdA, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin)

Berlin, den 10.03.2016
Marcel Eupen, Pressesprecher des AMV